

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

1978 - ein Jahr des Umweltschutzes?

Berlin, im Dezember 1978

1978 - ein Jahr des Umweltschutzes?

1978 wurde viel über Umweltschutz geschrieben und geredet.
War es auch ein erfolgreiches Jahr für den Umweltschutz?

Vor etwa neun Jahren wurde der Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland von den politischen Gremien als wichtige politische Aufgabe aufgegriffen und in den folgenden Jahren mit einem beispielhaften Elan vorangetrieben. Die meisten Umweltgesetze wurden einstimmig verabschiedet, durch Verbesserung von Planung und Vollzug, durch finanzielle Programme und schärfere Strafen wurden entscheidende Fortschritte eingeleitet. Gleichzeitig wurde durch intensive Information und Aufklärung in der Bevölkerung ein Umweltbewußtsein geschaffen, das in seiner breiten Grundstimmung inzwischen eine neue gesellschaftliche Ethik geprägt hat. Meinungsumfragen ergeben etwa seit 1971, daß eine überwiegende Mehrheit der Befragten Umweltschutz für eine wichtige bzw. sehr wichtige politische Aufgabe hält. Besonders bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß selbst Bürger, die sich subjektiv durch Umweltprobleme nicht belastet fühlen, dem Umweltschutz den Vorrang vor anderen politischen Zielen einräumen. Konkreten Ausdruck findet dieses wache umweltpolitische Gewissen der Bevölkerung in der wachsenden Zahl von Bürgerinitiativen, die sich gegen konkrete Umweltbeeinträchtigungen zur Wehr setzen. Auf der Erfolgsbilanz der Umweltpolitik steht die Förderung des Umweltbewußtseins somit ganz oben - beim Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1978 wird man manchmal an das Gedicht vom Zauberlehrling erinnert.

Seit der Ölkrise, den Folgen von Inflation und struktureller Arbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten ist die Umweltschutzpolitik in eine neue Phase eingetreten. Soziale und ökonomische Probleme erzwangen in Gesetzgebung und Vollzug Kompromisse zu Lasten des Umweltschutzes. Zwar mußte bisher kein Grenzwert verschlechtert,

kein erreichter Standard wieder aufgegeben werden, aber die ökologischen Ziele waren nicht immer in der gewünschten Zeit durchzusetzen. Das Nullwachstum, das von vielen Ökologen gefordert, von Ökonomen gefürchtet worden war, wurde nun in einigen Industriestaaten Realität. Es ist kein Zufall, daß gerade dieses Nullwachstum den umweltpolitischen Fortschritt am stärksten hemmte. Denn noch stimmt die Rechnung, daß eine Volkswirtschaft um so mehr für die Erhaltung ihrer Umwelt investiert, je größer ihr Brutto-sozialprodukt pro Einwohner ist. Die objektive Verschlechterung der Durchsetzungsmöglichkeiten ist jedoch kein Problem, das nur den Umweltschutz allein betrifft. Auch für andere Politikbereiche ist der Konkurrenzkampf um die knapper gewordenen Mittel schwieriger geworden. Die besondere Betroffenheit des Umweltschutzes ergibt sich vielmehr aus der hohen Interdependenz und Langfristigkeit der umweltpolitischen Aufgaben.

Umweltschutz, der sich nicht nur auf das Reparieren eingetretener Schäden und Kurieren an Symptomen beschränkt, läßt sich nur über die Veränderung anderer Fachplanungen realisieren. Bundesinnenminister Baum sagte am 30. Oktober 1978 vor dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Köln hierzu: "Umweltschutz steht nicht neben Wirtschaftspolitik, Wachstumspolitik, Verkehrspolitik, Energiepolitik, Städtebau- und Raumordnungspolitik, sondern ist durchgehend verbindlich zu integrierende Leitlinie." Dem Versuch der Umweltpolitik, ihren Gesichtspunkten ausreichend Geltung zu verschaffen, steht jedoch insbesondere in einer Phase allgemeiner Austerität der Widerstand und Behauptungswillen anderer Fachpolitiken entgegen. In der Auseinandersetzung lassen sich berechnete unterschiedliche Interessenargumente von Schattengefechten willkommener Untergangsparolen nicht einfach unterscheiden. Ebenso nachteilig erweist sich die Langfristigkeit umweltpolitischer Ziele und Argumente für die Durchsetzungsfähigkeit der Umweltpolitik im politischen Entscheidungsprozeß. Der Vorrang des Kurzfristigen ist ein strukturelles Problem demokratisch-parlamentarischer

Politik, die Kurzfristigkeit wird in Krisenzeiten zur entscheidenden Restriktion, wenn es um eine zielstrebige, langfristige Vorsorgepolitik geht.

In dieser realpolitischen Situation erschien der spektakuläre relative Wahlerfolg der "Grünen Parteien" bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg im Frühjahr 1978 vielen Umweltschützern als willkommene Unterstützung. Die Reaktion der politischen Parteien bestärkte zunächst diesen Eindruck. Plötzlich wetteiferten alle Parteien um den Ruhm die ersten, eifrigsten und erfolgreichsten Umweltschützer zu sein. Bereits vor dem Mißerfolg der "Grünen" bei den Oktoberwahlen in Hessen und Bayern deutete sich jedoch ein Umschwung an. Das diffuse Erscheinungsbild der "Grünen", ihre zum Teil unheilige Allianz mit extrem rechten und linken Gruppierungen, ihr Eiferertum, ihre Kompromißlosigkeit und Intoleranz boten ausreichende Angriffsflächen. "Nicht-grüne" Umweltschützer sahen sich schließlich im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit gezwungen, von diesen "Grünen" abzurücken. Die öffentlichen Medien spielten in diesem Meinungsbildungsprozeß weitgehend den Advocatus des "status quo". Inzwischen sind wir zur umweltpolitischen Realität zurückgekehrt. Das Strohfeuer der "Grünen Parteien" hat ein Häufchen Asche zurückgelassen, und es mehren sich die Anzeichen als sei Umweltpolitik nach den Oktoberwahlen noch etwas schwieriger geworden, als es zu Beginn dieses Jahres der Fall war.

Die politisch Verantwortlichen würden es sich jedoch nicht nur zu leicht machen, wenn sie die Warnungen der Ökologiebewegung vorschnell überhören würden. Sie würden sich auch der Chance berauben, die Schwachstellen unserer heutigen Politik zu erkennen und rechtzeitig die Weichen zu stellen, um langfristigen Gefahren zu begegnen. Es wäre falsch, die "Grünen" als Bilderstürmer und Spinner abzutun und Bürgerinitiativen im Umweltschutz das Florians-Etikett aufzukleben. Die Ökologiebewegung setzt die Maßstäbe für ein neues Grundwerteverständnis, sie ist keine Ein-Themen-Interessenpolitik,

sondern zeigt die Richtung einer umfassenden Zukunftspolitik.

Dies gilt einmal für das Verhältnis von Umweltschutz- zu Wirtschaftspolitik. National- und weltwirtschaftlich sind die heutigen industriellen Wirtschaftsstrukturen langfristig nicht überlebensfähig. Um auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben, wird die deutsche Wirtschaft ihre Produktpalette verändern müssen. Für einfache Massenprodukte, die mit hohem Energie- und Ressourcenverschleiß produziert werden, verschlechtern sich die Absatzchancen. Die Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien, die durch sparsamen Energie- und Rohstoffeinsatz gekennzeichnet sind, würde der deutschen Industrie den Innovationsschub ermöglichen, den sie zur Erhaltung ihrer bedeutenden Stellung im internationalen Markt benötigt. Gleichzeitig würde der Export solcher Technologien viele Probleme der Dritten Welt - auf deren Bewältigung wir alle im Interesse des Weltfriedens angewiesen sind - mildern helfen. Vester hat in seiner Ausstellung "Unsere Welt - ein vernetztes System" eindrucksvoll dokumentiert, welche verheerenden Folgen die bedenkenlose Übertragung der Großtechnik auf die Länder der Dritten Welt haben kann. Die Großtechnik ist nicht nur völlig ungeeignet, die sozialen Probleme der Entwicklungsländer (Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, kulturelle Entfremdung, Zerstörung der Gruppenstrukturen) zu lösen, sie führt überdies zu ökologischen Folgeschäden, die die wirtschaftlichen Grundlagen der neuen Staaten auf Dauer zerstören (Verkarstung von Acker- und Weideland, Klimaänderungen, Raubbau an Rohstoffen). Das Wort von der Umweltpolitik als Langzeitökonomie erhält hierin seine Bedeutung.

Für unser auf der Werthaltung der individuellen Freiheitsrechte basierendes Gesellschaftssystem zeigt die Ökologiebewegung eine weitere Zukunftsgefahr auf, der es zu begegnen gilt. Der technische Erfindungsgeist hat schon immer sowohl Fortschritte für den individuellen Wohlstand als auch gesellschaftliche Gefahren mit sich gebracht. Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Dynamik des technischen Fortschritts eines Tages die gesellschaftliche Steuerungsfähigkeit überfordern könnte. Die mit der Notwendigkeit der Kontrolle und Sicherung der Großtechnik

verbundene Tendenz zu immer weitgehender Zentralisierung und Bürokratisierung engt die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung und Selbstregulierung der Gesellschaft immer mehr ein. Der Bürger sieht sich einem anonymen Apparat gegenüber, dessen Handlungsmaximen er weder durchschauen noch zu beeinflussen vermag. Die Verweigerungshaltung eines Teils der jungen Generation, die sich in den Drogen- und Sektenproblemen, in Kriminalität und Terrorismus äußert, gibt einen Vorgeschmack auf ein mögliches Krisenszenario der Zukunft.

Eine eingehendere Analyse der Kritikliste der Ökologiebewegung zeigt jedoch noch ein weiteres Problem auf, dessen Bedeutung in der umweltpolitischen Diskussion bisher zu wenig beachtet worden ist. Während es häufig so scheint als sei der Hauptkontrahent der Umweltpolitik nur im Bereich der Wirtschaft zu finden, von der neue Grenzwerte für Schadstoffemissionen und Auflagen für umweltfreundlichere Produktionsverfahren und Vermarktungsformen akzeptiert werden sollen, richtet sich eine wesentliche Kritik der Ökologiebewegung gegen Umweltbeeinträchtigungen, die durch öffentliche Planungen verursacht werden. Die Kritik an der Zerstörung der Landschaft durch Verkehrsstrassen oder der Unwirtschaftlichkeit der Städte durch verfehlte Stadtplanungen oder der Verschwendung von lebenswichtigen Ressourcen durch die Gebührengestaltung öffentlicher Versorgungsunternehmen richtet sich an erster Stelle gegen die öffentliche Verwaltung und nicht gegen die Privatwirtschaft. Der öffentliche "Verursacher" von Umweltschäden ist mindestens so ernst zu nehmen wie der private.

In dieser Kritik wird ein grundsätzliches Problem des Umweltschutzes deutlich, dessen Bewältigung über den Durchsetzungskonflikt im Streit unterschiedlicher machtpolitischer Interessen hinausgeht. Der Umweltschutz war in der Vergangenheit in Bereichen relativ erfolgreich, wo es um die gezielte Bekämpfung einzelner Umweltbeeinträchtigungen (Verschmutzung der Luft durch Industrieabgase, Stäube, Gerüche etc.) mit Hilfe technischer Verbesserungen ging. In den komplexen Problembereichen des Umweltschutzes - bei Fragen der Stadt- und Siedlungsstrukturen,

der Landschaftsnutzung, der Verkehrsplanung, den langfristigen Schadstoffwirkungen etc. - fehlt es z. Zt. noch weitgehend an den wissenschaftlichen und organisatorischen Instrumenten, um Umweltgesichtspunkte in die jeweiligen Fachplanungen rechtzeitig zu integrieren. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem 2. Umweltgutachten von 1978 auf dieses Defizit besonders hingewiesen. So liegen bisher flächendeckende ökologische Informationen, die zum einen die Voraussetzung für eine Beurteilung des Zustandes und der Belastbarkeit von Teilräumen sind und zum anderen zur Entwicklung konkreter Umweltschutzstrategien bei komplexen Umweltproblemen notwendig sind, nur lückenhaft vor. Die rechtliche Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit umweltrelevanter Planungs- und Investitionsentscheidungen kann nur mangelhaft eingelöst werden, weil es an brauchbaren Bewertungskriterien fehlt. Das bekannte Vollzugsdefizit im Umweltschutz hat seine Ursache u.a. in dem Fehlen praktischer Hilfen und Handlungsanleitungen auf kommunaler Ebene, die es ermöglichen, die Konsequenzen regionaler und städtischer Entwicklungsmaßnahmen rechtzeitig abzuschätzen.

Nach der geplanten Verabschiedung des Umweltchemikaliengesetzes wird der gesetzgeberische Rahmen für eine wirksame Umweltpolitik abgesteckt sein. Die Signale des Jahres 1978 sollten uns anspornen, die wissenschaftlichen und organisatorischen Anstrengungen zu verstärken, um das Wort von Bundesinnenminister Baum von der Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik und verbindliche Leitlinie aller anderen Fachpolitiken im politischen Alltag wirksam werden zu lassen. Nur wenn die offizielle Umweltpolitik die Warnungen der Ökologiebewegung ernst nimmt, wird es hier gelingen, Polarisierungen und Freund-Feind-Denken abzubauen, die Fortschritte im Umweltschutz behindern. Das wachsende Umweltbewußtsein in der Bevölkerung, das weit über den Kreis der "professionellen" Ökologen hinausreicht, sollte als Verpflichtung und Mahnung zugleich empfunden werden. Eine Gesellschaft, wie die unsere, wird sich nur dann friedlich weiterentwickeln können, wenn gesellschaftliches Bewußtsein und Werthaltungen nicht in Widerspruch zum politischen Alltag geraten.